



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24821 - 32
Fernschreiber 0886890

P/XIV/148 - 7. Juli 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite:</u> | | <u>Zeilen:</u> |
|---------------|---|----------------|
| 1 - 2 | Im Interesse des Volkes | 63 |
| 3 | Adenauer unerwünscht ? "Besuch in London jetzt nicht opportun ? " | 37 |
| 4 - 5 | Dienst an der Jugend ist Ehrendienst Sonderurlaub für Jugendleiter dringend erforderlich | 57 |
| 6 | Die Krise in der Energiewirtschaft Rückgang der Zahl der Bergarbeiter an der Ruhr | 31 |
| 7 | Die Kriegsverluste der Sowjets Aufschlußreiche Analyse einer amerikanischen Zeitschrift | 29 |

* * * * *
* * *

Im Interesse des Volkes

sp - Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat durch seinen persönlichen Entschluß, kein Regierungsamt übernehmen zu wollen, sondern seine Fähigkeiten, sein großes Können und sein moralisches Gewicht ganz in der Parteiorganisation einzusetzen, die Führung der Partei von der Führung des Staates deutlich unterschieden. Damit ist eine Entscheidung getroffen worden, die in ihrer Bedeutung weit über die Grenzen der SPD hinausreicht. Der Vorstand der Partei, in deren Reihen sich diese wichtige Klärung vollzogen hat, erwog sorgfältig die Interessen des Staates und die der Partei und akzeptierte den Entschluß Erich Ollenhauers, weil er im Interesse des Volkes liegt.

Seit dem Tode Dr. Kurt Schumachers führt Erich Ollenhauer die SPD mit sicherer Hand. Seine menschlichen und politischen Qualitäten, seine Sachkenntnis und der stets zielbewußte Wille zum Ausgleich haben ihm in der deutschen und ausländischen Öffentlichkeit einen festen Platz gesichert. Die Fähigkeit, das Gemeinsame und Verbindende auch im Sturm von Auseinandersetzungen unbeirrbar im Auge zu behalten und sein unwandelbarer Gerechtigkeitssinn - das alles sind Voraussetzungen für die Führung einer großen politischen Partei.

Für Erich Ollenhauer ist der Begriff Demokratie nicht gleichbedeutend mit einer Abstimmungstechnik. Er erfüllt diesen Begriff mit Leben, er lebt ihn vor. Wenn dieser Mann sich jetzt entschlossen hat, weiterhin seine Fähigkeiten ganz in den Dienst der Partei zu stellen, dann will er damit demonstrieren, daß die demokratischen Parteien im demokratischen Staat der entscheidende Faktor sind.

Die Partei hat ihren Vorsitzenden verstanden. Sie weiß, wie selten die Fähigkeiten eines Mannes wie Erich Ollenhauer sind und wie schwierig es ist, gerade diese Fähigkeiten ganz der Partei zugute kommen zu lassen. Bei den politischen Auseinandersetzungen, die in der Zukunft härter und folgenreicher werden als in der Vergangenheit, wird die SPD ihre Chance

einen solchen Mann an der Spitze zu haben, voll und ganz nutzen.

Verantwortungsbewußtsein und politischer Weitblick, die sich in dem Entschluß des Vorsitzenden und der Führungsgremien der SPD darstellen, stehen in krassen Gegensatz zu den unkontrollierbaren und undemokratischen Vorgängen, die aus der anderen großen Partei in der Bundesrepublik zum Unbehagen und Entsetzen selbst der eigenen Mitglieder jüngst bekanntgeworden sind. Der Herrschsucht und Ichbezogenheit auf jener Seite steht in der Haltung der SPD-Spitze der Wille gegenüber, alle Voraussetzungen für die beste Leistung zu schaffen, die dem deutschen Volke zur Verfügung gestellt werden soll, wenn künftige Wahlen die Partei auch im Bund aus der Opposition zur Mitbestimmung berufen.

Die Führungsgremien der SPD haben auf Vorschlag von Herbert Wehner noch einen anderen Beschluß des Parteivorstandes gebilligt. Sie beriefen eine Gruppe von Persönlichkeiten, die schon vor den nächsten Bundestagswahlen unter Führung von Erich Ollenhauer die Aufgabe übernehmen wird, Ziele und politisches Wollen der SPD nachdrücklichst zur Geltung zu bringen.

Der Berliner Regierende Bürgermeister, Willy Brandt, der Hamburger Präsident des Senats, Max Brauer, die Mitglieder des Bundestages, Dr. Deist und Fritz Erler, der Vizepräsident des Bundestages, Prof. Dr. Carlo Schmid, und der Hessische Ministerpräsident, Dr. Georg August Zinn, werden unter dem Vorsitz Erich Ollenhauers die politische Arbeit vorbereiten, die von der SPD geleistet werden soll, wenn die Wahlen 1961 sie rufen. Diese Persönlichkeiten, gewachsen in der anspruchsvollen und ernsten Schule der SPD und vielfältig bewährt in der Aufbauarbeit in den Gemeinden und Ländern der Bundesrepublik, können sich auf eine breite Grundlage von Vertrauen, Erfahrung und Zustimmung im Inland und im Ausland stützen, wenn sie ihre neue, verantwortungsvolle Arbeit beginnen.

Beide Entscheidungen - der Entschluß Erich Ollenhauers und die Berufung der Kommission - sind der Ausdruck des ernstesten Willens der SPD, der deutschen Demokratie zu dienen.

Adenauer unerwünscht?

sp - Was seit einigen Wochen im Bonner Auswärtigen Amt als Geheimnis ängstlich gehütet wurde, ist jetzt doch bekanntgeworden: Adenauer ist in London unerwünscht!

Sofort nach Abschluss der ersten Phase der Genfer Aussenministerkonferenz hatte Adenauer indirekt seinen Besuch in Grossbritannien ankündigen lassen. Trotz der Bedenken des deutschen Botschafters, Herrn von Herwarth, bestand der Bundeskanzler hartnäckig auf seine Absicht, "denen da drüben mal die Meinung zu sagen". Nicht nur in den zur Veröffentlichung freigegebenen Interviews, sondern auch mehreren Besuchern gegenüber hatte Adenauer zu verstehen gegeben, er halte Premierminister Macmillan und Aussenminister Selwyn Lloyd nicht für die geeigneten Männer, um mit den Sowjets verhandeln zu können. Natürlich war das in London bekanntgeworden, und die bereits über die Interviews vorhandene Verärgerung steigerte sich in den letzten Tagen bis zur eisigen Kühle. Umsonst hatte Botschafter von Herwarth versucht, den Bundeskanzler klar zu machen, dass die Briten keineswegs "aufgewacht" seien und dass man endlich von den in Bonn verschiedentlich geäusserten Verdächtigungen dieser Art ablassen möge.

Jetzt hat London zu verstehen gegeben, Bundeskanzler Adenauer könne zu einem späteren Zeitpunkt einmal nach Grossbritannien kommen ...

Der Hintergrund dieser sehr peinlichen Angelegenheit ist folgender: Adenauer wollte verhindern, dass in der zweiten Phase der Genfer Aussenministerkonferenz Ideen zum Tragen kommen, wie sie in der englischen Politik schon seit langem geäussert werden. Zu diesen Ideen gehören u.ä. der britische Versuch, von der isolierten Erörterung des Berlin-Problems wegzukommen, sowie die Diskussion über die Errichtung einer militärischen Entspannungszone in Mitteleuropa. Adenauer weiss nur zu gut, dass sein künstlich errichtetes politisches Gebäude ins Wanken geraten würde, wenn sich in der zweiten Phase der Genfer Aussenministerkonferenz ergeben sollte, dass es nur zur Gipfelkonferenz kommt, wenn ein grosser Teil des Gesamtkomplexes der Ost-West-Spannungen in den Mittelpunkt der Diskussionen gestellt wird.

Die Tatsache, dass man in London Herrn Adenauer bei seinem Versuch die britische Politik zu beeinflussen, die kalte Schulter zeigt, ist ein deutliches Zeichen für die Misstimmung, die zur Zeit zwischen London und Bonn herrscht.

Dienst an der Jugend ist Ehrendienst

mu. - Der schleswig-holsteinische Landtag ist durch die Sozialdemokraten aufgefordert worden, für das Land Schleswig-Holstein ein Gesetz über Sonderurlaub für Jugendgruppenleiter zu beschließen. Die Sozialdemokraten haben durch ihren Fraktionsvorsitzenden, dem Oppositionsführer Käber einen derartigen Gesetzentwurf vorgelegt. Es wird jetzt vor allem an den Christlichen Demokraten im Norden liegen, da sie die Regierungsverantwortung haben, ob sie den Jugendleitern einen Urlaub gewähren wollen, der für ihre ehrenamtliche Tätigkeit ausreicht.

In dem Gesetzentwurf der sozialdemokratischen Landtagsfraktion wird im einzelnen umrissen, woraus die ehrenamtliche Tätigkeit in der Jugendarbeit besteht, für die es Sonderurlaub geben sollte. Es handelt sich da um Leiter oder Helfer bei Jugendwanderungen oder Freizeit- und Erholungsaufenthalten. Hier ist an Zeltlager, Jugendherbergen oder Jugendheime gedacht, wo die Jugendleiter für ihre den Urlaub verleihenden Gruppen da sein müssen.

Die Sozialdemokraten möchten aber auch, dass es für die Jugendgruppenleiter einen besonderen Urlaub gibt, wenn sie Tagungen, Ausbildungslehrgänge oder Schulveranstaltungen der Jugendverbände und Jugendbehörden besuchen oder an Veranstaltungen teilnehmen, die den internationalen Begegnungen von Jugendlichen dienen. Hierbei müssen die Jugendgruppenleiter natürlich für anerkannte Jugendpflegeverbände und Jugendbehörden tätig sein.

Nach dem Willen der sozialdemokratischen Fraktion soll der Sonderurlaub für die Gruppenleiter bis zu zwölf Arbeitstagen im Jahre betragen. Ein Anspruch auf Bezahlung des Urlaubs soll nicht bestehen. Der Urlaub soll bis auf drei Veranstaltungen im Jahr verteilt, aber nicht in das nächste Jahr übertragen werden. In dem

Gesetzentwurf ist weiter vorgesehen, dass Jugendpflegeverbände und Jugendbehörden den Sonderurlaub beantragen können und dass er nur dann verweigert werden kann, und zwar im Einzelfall, wenn das durch den Arbeitgeber mit der Zustimmung des Betriebs- oder Personalrates geschieht.

In der Gesetzesbegründung weisen die Sozialdemokraten darauf hin, dass es bereits in den sozialdemokratisch regierten Ländern Berlin, Hessen und Hamburg aber auch in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bayern Bestimmungen gibt, wonach Jugendgruppenleiter einen Sonderurlaub erhalten. Der Sonderurlaub hat sich in diesen Bundesländern bewährt. Die von der Berufsarbeit freigestellten Jugendgruppenleiter konnten dadurch wesentliche Hilfe bei der Durchführung von jugendpflegerischen Massnahmen leisten.

Im einzelnen wird darauf hingewiesen, dass das Schergewicht der heutigen Jugend auf den Schultern der ehrenamtlichen Mitarbeiter ruht. Der Bundesjugendring hat von seinen Mitgliedsverbänden erfahren, dass von hundert Mitarbeitern durchschnittlich 90 ehrenamtlich und nur zehn hauptamtlich tätig sind. Die Folge ist, dass jährlich ein grosser Teil der ehrenamtlichen Mitarbeiter aus beruflichen Gründen der Jugend für Freizeit- und Erholungsmassnahmen nicht zur Verfügung steht, es sei denn, die ehrenamtlichen Mitarbeiter nehmen dazu ihren Jahresurlaub, was für sie eine Benachteiligung bedeuten würde.

Abschliessend weisen die Sozialdemokraten im Kieler Landtag darauf hin, es sei leider noch nicht erkannt worden, dass der Jugendgruppenleiter in der Demokratie ein Ehrenamt versieht. Durch dieses Ehrenamt helfe er mit, junge Menschen von der Notwendigkeit einer rechtsstaatlichen, demokratischen Ordnung zu überzeugen und sie zur staatsbürgerlichen Mitarbeit hinzuführen.

Die Krise in der Energiewirtschaft

sp - Die allmähliche Umstellung der Energie-Verbraucher von Kohle auf Erdöl sowie Rationalisierungsmaßnahmen haben den deutschen Kohlenbergbau in eine Krise geführt, die immer mehr um sich greift. Seit Anfang 1958 ist die Zahl der Arbeiter im Steinkohlenbergbau des Bundesgebietes um 42 000 zurückgegangen. In welchem Masse sich diese Entwicklung verschärft, beweist die Tatsache, dass davon allein 20 000 auf das erste Halbjahr 1959 entfallen. Die Gesamtzahl der im Bergbau beschäftigten Arbeiter betrug Ende Juni diesen Jahres 453 100 Arbeiter. Das bedeutet, dass die Gesamtzahl der Bergarbeiter in ein- einhalb Jahren um fast 10 Prozent zurückgegangen ist.

Dementsprechend ist der Rückgang der Förderungsleistung, der trotz der grossen Abwanderung der Arbeiter aus dem Bergbau nicht zum Stillstand kommt. Wurde im Mai diesen Jahres noch pro Arbeitstag eine Förderleistung von 441 300 Tonnen Kohle erreicht, so sank diese Leistung im Juni auf 409 000 ab. Das bedeutet einen Rückgang von allein 32 000 Tonnen Steinkohle durchschnittlicher Tagesleistung von einem Monat zum anderen. Doch die Krise verschärft sich immer mehr. Immer neue, alarmierende Nachrichten über die Lage an der Ruhr werden bekannt. In der letzten Woche mussten in 47 Schachtanlagen Feierschichten eingelegt werden. Nach Mitteilung der Industriegewerkschaft Bergbau wurden davon 19 133 Bergleute mit einem Lohnausfall von 2,9 Millionen D-Mark betroffen. Der durch die Feierschichten entstandene Förderausfall wird auf 186 000 Tonnen geschätzt.

Abgesehen davon, dass sich diese Verluste eines Tages gesamtwirtschaftlich auswirken müssen, ist jetzt schon zu erkennen, dass die Umstellungskrise in eine neue, noch tiefergreifendere übergehen wird, wenn eines Tages die Umstellung auf Kernenergie erfolgt. Ein gravierender Strukturwandel in der Energieindustrie wird die Folge sein. Es ist jedoch bisher noch nicht bekannt geworden, wie die Bundesregierung der aus dieser Situation resultierenden Entwicklung zu begegnen beabsichtigt.

Die Kriegsverluste der Sowjets

sp - Das amerikanische "population bulletin", das die Ergebnisse der sowjetischen Volkszählung analysiert hat, ist zu einem Ergebnis gekommen, das als wichtige Voraussetzung für die sowjetische Haltung in der gegenwärtigen Auseinandersetzung der Grossmächte angesehen werden muss. Der Analyse zufolge beziffern sich die Kriegsverluste der Sowjets auf 15 bis 20 Millionen Männer. Dieser starke Ausfall stellt nach Ansicht des "population bulletin" Krise und Schwäche der Sowjetunion in der Nachkriegszeit dar, die man durch Frauenarbeit sowie "durch Schweigen und Bluff" vor dem Westen zu verbergen suchte.

Rein potentiell wird durch das Nachwachsen von 15 Jahrgängen diese Krise bis zu einem gewissen Grade überwunden sein, was neben anderen wichtigen Faktoren die Voraussetzung dafür sein dürfte, dass die Sowjets auf den Konferenzen ein grösseres Selbstbewusstsein zur Schau tragen. Trotzdem kann ein solcher Verlust nicht ohne tiefgreifende Rückwirkung auf die Psyche der Bevölkerung der Sowjetunion geblieben sein. Rechnet man die Zahl der Einwohner der Sowjetunion auf 200 Millionen Menschen, von denen rund 100 Millionen Männer sind, so ist jeder fünfte männliche Sowjetbürger im Kriege gefallen. Bei den im Osten kinderreichen Familien bedeutet das einen durchschnittlichen Verlust mindestens eines männlichen Mitgliedes jeder zweiten Familie.

Solch ein Verlust wiegt schwer und aus solchem Leid heraus wird begreiflich, warum die russischen Menschen sowohl von einer tiefen Sehnsucht nach Frieden als auch von einem starken Bedürfnis nach Sicherheit erfüllt sind. Das wird trotz aller ideologischen Aspekte und trotz aller sowjetischen Schwachzüge im Spannungsfeld der weltweiten Gegensätze immer ein die sowjetische Aussenpolitik mitbestimmender Faktor bleiben.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel